

**International Federation of Resistant Fighters (FIR) -
Association of Antifascists**

Newsletter

weekly news for veterans and antifascists of today



Ein Rückblick auf den 11. September 2001 und die politischen Konsequenzen

Vor 25 Jahren am 11. September, erlebte die Welt einen terroristischen Schlag, den es in dieser Form noch nicht gegeben hat. Mit vier zeitgleich gekaperten Passagierflugzeugen attackierten Mitglieder der Al-Qaida-Organisation Objekte in den USA. Ein Flugzeug beschädigte das Gebäude des amerikanischen Verteidigungsministeriums, zwei die Doppeltürme des World-Trade-Centers (WTC) in New York, ein viertes Flugzeug verfehlte ein anvisiertes Ziel. Das besondere an diesen Anschlägen war, dass Millionen Menschen diese live im Fernsehen verfolgen konnten. Schon kurz nachdem das erste Flugzeug in einen der beiden Doppeltürme des WTC in New York eingeschlagen war, begannen Sender weltweit über die Geschehnisse zu berichten. Die Kameras waren auf das WTC gerichtet, als es eine halbe Stunde später von einem zweiten Flugzeug getroffen wurde – auch, als die Gebäude schließlich einstürzten. Die Bilanz dieser Angriffe waren knapp 3.000 Tote und 6.000 Verletzte.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilte den Terror und sprach den USA das Recht auf „Selbstverteidigung“ zu. Natürlich haben die FIR und antifaschistische Verbände weltweit diese Anschläge verurteilt und ihre Anteilnahme für die Opfer der Gewalt deutlich gemacht. Solche Form individuellen Terrors war kein „politisches Statement“. Gleichzeitig warnten die Verbände vor den zu erwartenden politischen Reaktionen der USA, die diese Gewalt für eigene politische Zwecke missbrauchen könnte. Denn auch wenn bis heute viele Hintergründe der Anschläge nicht endgültig geklärt sind und deshalb Anlass zu „Verschwörungs-Erzählungen“ bilden, war unstrittig, dass der Anschlag zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg die militärische Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten – und zwar durch einen nicht staatlichen Gegner – offenbarte. Zeitgenössische Kommentatoren verglichen dies mit dem Überfall der japanischen Truppen auf Pearl Harbour, weil sich bis dahin die USA aufgrund der Ozeane als „unangreifbar“ verstand.

Die politische Reaktion der amerikanischen Regierung unter George W. Bush war entsprechend. Sie verkündete einen „Krieg gegen den Terrorismus“ – insbesondere gegen Al-Qaida und ihren Chef Osama Bin Laden, den man schon wenige Stunden nach den Anschlägen als Drahtzieher benannte. Erst später wurde bekannt, dass das Al-Qaida-Netzwerk Jahre zuvor vom US-Geheimdienst als außenpolitisches Instrument in Afghanistan eingesetzt worden war. CIA-Chef George Tenet präsentierte bereits Mitte September eine „Worldwide Attack Matrix“, in der Osama bin Laden und Al-Qaida als Teil des weltweiten Terrorismus erschienen. Das Ergebnis war nicht die Entlassung von Tenet, der nicht in der Lage war, einen solch verheerenden Angriff im Vorfeld zu verhindern, sondern die Freigabe für geheime Antiterrorkampagnen in 80 Ländern weltweit, die dem US-Auslandsgeheimdienst weitreichende Befugnisse einräumte. Im Land selber ließ das US-Innenministerium bis 2004

willkürlich rund 5.000 Migranten ohne konkreten Verdacht verhaften, meist junge männliche Araber oder Muslime oder Bürger mit Nahost-Kontakten.

Im September 2002 behauptete Bush aus dem „Antiterrorkrieg“ ein Recht der USA auf Präventivschläge. Weil angeblich Saddam Husseins mit al-Qaida zusammenarbeite und im Besitz von Massenvernichtungsmitteln sei, begann man 2003 den Irak-Krieg. Nachdem der UN-Sicherheitsrat den USA im Februar 2003 kein Mandat dafür gegeben hatte, bildete die US-Regierung eine „Koalition der Willigen“ und begann den Krieg ohne UN-Mandat. Laut einer amerikanischen Studie starben von 11. September 2001 bis Ende 2023 an direkter Gewalt im „Antiterrorkrieg“ in Afghanistan, Irak, Jemen, Pakistan und Syrien insgesamt geschätzt mehr als 940.000 Menschen, davon 432.000 Zivilisten.

Bei diesen Militäraktionen wurden „Terrorverdächtige“ festgenommen. Mindestens 136 ließ die CIA außerdem im Ausland entführen oder illegal gefangen halten. Rechtlich definierte die US-Regierung diese Häftlinge als „ungesetzliche Kombattanten“, denen nicht der Schutz des Genfer Abkommens über die Behandlung von Kriegsgefangenen, und Folterverboten zustehe. Man brachte sie in Black Sites (Geheimgefängnisse) außerhalb der USA wie das Militärgefängnis Bagram und das Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba. Dort wurden sie isoliert, gefoltert und ohne Anklage und ohne Rechtsbeistand festgehalten - einige bis heute. Für die FIR haben der 11. September 2001 und seine politischen Folgen gezeigt: Terrorismus kann niemals ein akzeptables Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein. Doch der von den USA propagierte „Krieg gegen den Terrorismus“ dient nicht der Freiheit und Sicherheit, sondern allein deren geopolitischen Interessen in der muslimischen Welt. Und wenn die US-Regierung heute die „Antifa“ als „weltweite Terrororganisation“ denunziert, dann wird deutlich, welche politische Rechtsentwicklung mit diesem Label vollzogen werden soll.

Fédération Internationale des Résistants (FIR) - Association Antifasciste

Office: Magdalenenstr. 19, D-10365 Berlin

Phone: ++49-(0)30-55 57 90 83-4

Internet: www.fir.at; **E-Mail:** office@fir.at,

facebook: www.facebook.com/FederationInternationaleResistants/

Donations welcome: Banque account: Postbank Berlin, Owner: FIR

IBAN DE 04 1001 0010 0543 0541 07 SWIFT-BIC: PBNKDEFF.